



ippnw
Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.



»Wir setzen uns für eine friedliche,
atomtechnologiefreie und
menschwürdige Welt ein.«

WIR ÄRZTE DER IPPNW, (Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges), Friedensnobelpreisträger des Jahres 1985, fordern Sie auf:

Setzen Sie sich ein für eine
WELTWEITE ABSCHAFFUNG VON ATOMWAFFEN

Fordern Sie die Bundesregierung auf, dem
**VERTRAG DER VEREINTEN NATIONEN
ZUM VERBOT VON ATOMWAFFEN**

beizutreten!

Die Atombombe aus hoch angereichertem Uran, die am **6.8.1945** über **Hiroshima** zündete, hatte die Sprengkraft von 15.000 Tonnen TNT. Durch Druckwelle, Hitze und Strahlungen waren 70% aller Häuser sofort zerstört mitsamt aller Infrastruktur, humanitäre und medizinische Hilfe war praktisch unmöglich. 140.000 Menschen starben bis Ende 1945 sofort oder an den Folgen, die Spätfolgen wirken mit erhöhter Anzahl von Krebserkrankungen und Missbildungen noch heute.

Atomwaffen sind Teil der Atomindustrie, zivile und militärische Atomprogramme hängen eng zusammen. Allein die früheren Atomtests in der Atmosphäre haben nach Schätzungen ca 2,4 Mio Krebstote weltweit gefordert. Die Produktion von hochangereichertem Uran und Plutonium als explosives Material schadet Menschen und Umwelt. Die Entsorgung ist – wie bei den Atomreaktoren - ungeklärt.

Die humanitären Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen wären katastrophal. Dennoch beginnt gerade ein **neuer Abschnitt der Nuklearen Aufrüstung** mit dem „Nuclear Posture Review“ der USA vom Februar 2018: das Strategiepapier entwirft den „substrategischen Einsatz“ von Atomwaffen schon auf dem Gefechtsfeld, auch als Erstschlag bei entsprechendem Szenario. Das Gebiet sind die „Frontstaaten“, also Europa. Deutschland ist im Rahmen der „nationalen Teilhabe“ an dem Atomwaffenprogramm beteiligt. Die Debatte um höhere Rüstungsausgaben in der NATO ist Teil dieses Konzepts. Das ganze Szenario der Atomaren Abschreckung ist zutiefst inhuman und unlogisch, es spielt mit der gesamten Vernichtung aller Seiten.

Nuklearwaffen sind einzigartig in ihrer Zerstörungskraft und ihren Langzeitfolgen für Umwelt und menschliches Überleben. Selbst ein regionaler Krieg mit 100 Atomwaffen der Stärke der Hiroshimabombe würde das globale Klima und die landwirtschaftliche Produktion so nachhaltig stören, dass mehr als eine Milliarde Menschen einer Hungersnot ausgeliefert wären (IPPNW-Studie, Factsheet 4/2012).

Die meisten Atomwaffen übertreffen in ihrer Sprengkraft die Atombombe von Hiroshima um ein Vielfaches. Ein einziger nuklearer Sprengkopf, gezündet über einer Großstadt, könnte Millionen Menschen töten und jahrzehntelange Langzeitfolgen verursachen.

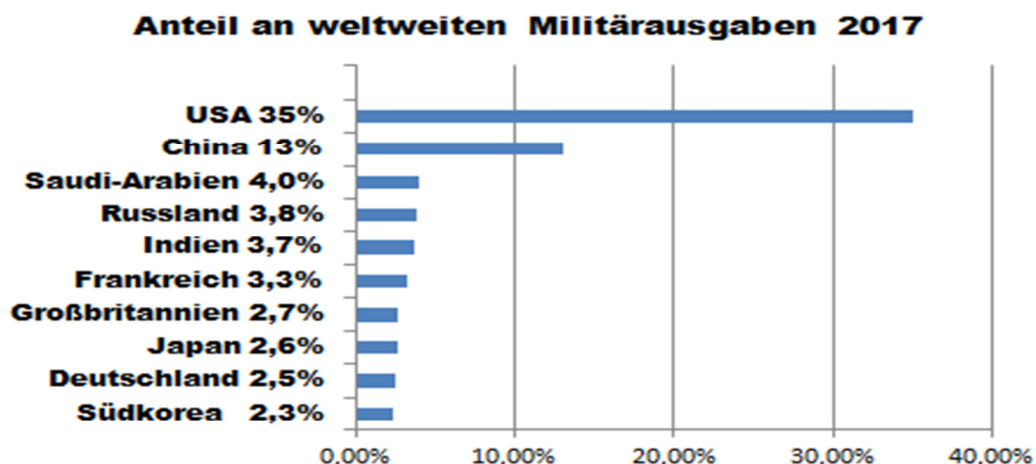
- 9 Nationen weltweit besitzen insgesamt immer noch 15000 Nuklearwaffen. Allen voran USA und Russland.
- USA und Russland halten 1800 dieser Waffen in ständiger Alarmbereitschaft.
- Sie modernisieren gerade ihr Arsenal.
- Deutschland toleriert 20 US Atomsprengköpfe auf seinem Staatsgebiet in Büchel.
- Ohne weltweite Abrüstungsvereinbarungen steigt die Gefahr immer neuer Atomwaffen.

Die einzige Garantie gegen die Weiterverbreitung und Nutzung von Atomwaffen ist ihre Abschaffung sofort und ohne Verzögerung.

ICAN, die **Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen**, zu deren Gründungsmitgliedern auch die IPPNW zählt, ist ein globales Bündnis von über 450 Organisationen in 100 Ländern. Dieses internationale Bündnis wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. ICAN engagiert sich für eine Welt, in der die Menschen Konflikte gewaltfrei und in Achtung der menschlichen Würde bearbeiten. Weitere Infos unter www.icanw.de

ICAN hat maßgeblich am **UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen** mitgewirkt, der am 7. Juli 2017 von 122 Staaten beschlossen wurde. 59 Staaten haben den Vertrag bislang unterzeichnet, 10 Staaten haben ihn bereits ratifiziert, darunter Österreich. Deutschland und fast alle NATO-Staaten tragen ihn aber bisher nicht mit.

Gegen die „Abschreckungs-Logik“: Die Zahlen sprechen für sich! Wer bedroht die „Freie Welt“?



Quelle: SIPRI-Militärausgabendatenbank (Mai 2018) Zahlen für China und Saudi-Arabien beruhen auf Schätzungen